



INHALT

NIEDERSCHRIFTEN

Auszug aus der Niederschrift der
Stadtverordnetenversammlung am
29.02.2024..... **1**

Anlage 1 - Namentliche Abstimmung
NS Stadtverordnetenversammlung am
29.02.2024..... **10**

BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung über die Zusammen-
setzung des Wahlausschusses zur Kom-
munalwahl 2024..... **10**

TERMINE

Sitzungstermine Hohen Neuendorf **11**

Schiedsstelle **11**

Pflegelotsin **11**

SERVICE

Notruf-Nummern..... **12**

NIEDERSCHRIFTEN

Protokoll über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Hohen Neuendorf

Datum: 29.02.2024
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 22:01 Uhr
Sitzungsraum: Rathaussaal,
16540 Hohen Neuendorf,
Oranienburger Straße 2

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender: Dr. Raimund Weiland
Schriftführerinnen: Petra Wendel
Anja Strauß

ANWESENDE MITGLIEDER

Bürgermeister

Herr Apelt, Steffen · Bürgermeister ·

Vorsitzender

der Stadtverordnetenversammlung

Herr Dr. Weiland, Raimund · CDU ·

1. Stellvertreter des Vorsitzenden der SVV

Herr Andrie, Josef · SPD/Partei Mensch Umwelt
Tierschutz

2. Stellvertreter des Vorsitzenden der SVV

Frau Reichel, Franziska · Bündnis 90/Die Grünen

Frau Brunke, Cathrin · CDU

Herr Dieck, Marcel · CDU

Frau Florczak, Nicole · Bündnis 90/Die Grünen

Frau Fissan, Sabine · SPD/Partei Mensch

Umwelt Tierschutz

Herr Dr. Guretzki, Hans-Joachim · Stadtverein

Herr Güther, Harald · Stadtverein

Frau Hamann, Kerstin · SPD/Partei Mensch

Umwelt Tierschutz

Herr Hartung, Klaus-Dieter · DIE LINKE.

Herr Heider, Michael · CDU

Herr Hoffmann, Tristan · Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hübner, Florian · CDU

Herr Jirka, Oliver · Bündnis 90/Die Grünen

Herr Kay, Thomas · AfD ·

Herr Mentz, Christian · Bündnis 90/Die Grünen

Herr Morisse, Dieter · SPD/Partei Mensch

Umwelt Tierschutz

Herr Münch, Mathias · FDP

Herr Oetting, Rico · Stadtverein

Herr Reichert, Michael · CDU

Frau Dr. Scholz, Sylvia · DIE LINKE.

Herr Schön, Hardmut · fraktionslos

Herr Schulz, Matthias · SPD/Partei Mensch

Umwelt Tierschutz

Herr Tittelbach, Uwe · SPD/Partei Mensch

Umwelt Tierschutz

Herr Tschaut, Horst · AfD

Herr Wiezorek, Anton · DIE LINKE.

Frau van Ginneken, Jacqueline · AfD

Herr von Gizycki, Thomas · Bündnis 90/Die

Grünen

Mitarbeitende der Verwaltung

Herr Luchterhand, Roland · stellv. FBL Bauen

Frau Müller-Lautenschläger, Michaela · Erste

Beigeordnete

Fehlende Mitglieder

der Stadtverordnetenversammlung

Herr Alexy, Jan · CDU

Herr Erhardt-Maciejewski, Christian · FDP

Herr Lüdtke, Lukas · DIE LINKE.

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung,
Feststellung der Ordnungsmäßigkeit
der Ladung, der Anwesenheit und der
Beschlussfähigkeit
- 2 Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift
über den öffentlichen Teil der Sitzung vom
25.01.2024
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Jugend spricht
- 6 Verpflichtung eines Stadtverordneten
- 7 Änderung in der Besetzung der
Ausschüsse
- 8 Nachbenennung eines Mitgliedes für den
Seniorenbeirat
B 003/2024
- 9 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU,
SPD/Partei Mensch Umwelt Tierschutz

und Bündnis 90/Die Grünen – Langfristige Pachtverträge für Mühlenbecker Viertel in Bergfelde
A 004/2024

10 Bevollmächtigung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zur Planstelleneinweisung des Bürgermeisters
B 005/2024

11 Entscheidung über den Antrag auf Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 km/h (Tag und Nacht) in der Berliner Straße (Bundesstraße 96-Abschnitt 725) zwischen Kreisverkehr Berliner Straße/Stolper Straße/Florastraße und Kreuzung Berliner Straße/Schönfließer Straße/Karl-Marx-Straße in Hohen Neuendorf
B 047/2023

12 Beschluss über den Jahresabschluss 2021
B 001/2024

13 Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2021
B 002/2024

14 Antrag der Fraktion SPD/Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Gestaltung der „Kaufland“-Fassade
A 025/2023

15 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Stadtverein und DIE LINKE. – Auflistung endgültig erstellter Erschließungsanlagen
A 032/2023

16 Antrag der Fraktion SPD/Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Überprüfung von Löschwasserbrunnen
A 033/2023

17 Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Umfahrung des Bahnübergangs Borgsdorf zukunftsfest machen
A 005/2024

18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – barrierefreier Überweg am Bahnübergang Borgsdorf
A 009/2024

19 Antrag der Fraktion SPD/Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Langfristige Lösung für Anbindung Borgsdorfs
A 012/2024

20 Antrag der CDU-Fraktion – Wohnungsleerstand im Ortsteil Stolpe angehen!
A 006/2024

21 Antrag der Fraktion SPD/Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Weitere Fläche für kommunalen Wohnungsbau vorbereiten

A 013/2024

22 Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Karl-Marx-Platz in Borgsdorf für kommunalen Wohnungsbau vorbereiten
A 007/2024

23 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Neuwahl der Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner
A 008/2024

24 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Reduktion der Lärmbelastung von Bergfelde, Borgsdorf und Birkenwerder
A 010/2024

25 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Linksabbieger Rathauskreuzung
A 011/2024

26 Behandlung der Anfragen von Mitgliedern nach § 7 der Geschäftsordnung

27 Bericht des Bürgermeisters

TAGESORDNUNG

NICHTÖFFENTLICHER TEIL

28 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 25.01.2024

29 Behandlung der nichtöffentlichen Anfragen von Mitgliedern nach § 7 der Geschäftsordnung

30 Bericht des Bürgermeisters nichtöffentlich

31 Schließung der Sitzung

SITZUNGSERGEBNIS

ÖFFENTLICHER TEIL

1 — Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Weiland eröffnet um 18:30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird festgestellt.

Mit der Anwesenheit von 28 Stadtverordneten ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Nunmehr weist Herr Dr. Weiland alle Anwesenden darauf hin, dass Teile der heutigen Sitzung per Livestream ins Internet übertragen, aufgezeichnet und ab morgen als Video auf der Homepage der Stadtverwaltung Hohen Neuendorf abrufbar sind und verliert hierzu eine Erklärung zum Datenschutz. Bezüglich der Einwohnerfragestunde sowie dem Punkt „Jugend spricht“ bittet er die Fragestellenden zu signalisieren, ob ihr Name vollständig im Protokoll der Sitzung genannt werden darf. Liegt dieses Einverständnis nicht vor, erfolgt eine entsprechende Abkürzung. Ferner kann die Einverständniserklärung auch von der Homepage gedownloadet werden. Zu finden ist diese unter SVV Liveübertragung und Aufzeichnung | Stadt Hohen Neuendorf (hohen-neuendorf.de).

Herr Dr. Weiland weist auf das Protokoll des Hauptausschusses vom 13.02.2024 und den darin enthaltenen Themen, wie z. B. den Umgang der Berufung von sachkundigen Einwohnerinnen bzw. Einwohnern bis zur Kommunalwahl und das Verfahren zur Antragstellung in beratenden Fachausschüssen hin.

Ferner erinnert er an die Übergabe des Feuerwehrfahrzeuges an die polnische Partnerstadt Janów Podlaski. Herr Apelt übergab im feierlichen Rahmen den Schlüssel für das Fahrzeug. Er selbst war zugegen und habe ebenfalls ein Dankeschön in Form eines Präsentes mit Honig und anderen Köstlichkeiten erhalten, welche er den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gern überlässt. Den Honiglikör würde er gern im Anschluss an die Sitzung zur Verfügung stellen.

2 — Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 25.01.2024

Herr von Gizycki nimmt ab 18:34 Uhr an der Sitzung teil (29 Stimmberechtigte).

Herr Tschaut beanstandet die Wiedergabe des Tagesordnungspunktes 8 der letzten Sitzung. Dabei ging es um den Antrag der AfD-Fraktion Nr. A 002/2024 zur Mitgliedschaft beim Verein Deutsche Sprache. Sein Redebeitrag wurde nicht korrekt wiedergegeben; er verlangt eine Korrektur. Seine Beitragswiedergabe wurde bis zur Unkenntlichkeit verkürzt. Die Gegenreden wurden jedoch in aller Ausführlichkeit wiedergegeben, so z. B. der Beitrag von Herrn Reichert. Dieser Beitrag war aus seiner Sicht eine unverschämte Anmache und habe nichts mit dem Antragsgegenstand zu tun. Es wurden hasserfüllte Unterstellungen geäußert. Werden die Protokolle in Eigenverantwortung des Sitzungsdienstes

erbracht oder führt der SVV-Vorsitzende bzw. der Bürgermeister hier die Hand? Er habe sich bislang in Sachen Protokoll sehr zurück gehalten. Wenn hier seine Rede nicht korrekt vollständig nachgebessert wird, bleibt ihm nur der Weg zur Kommunalaufsicht.

Herr Dr. Weiland äußert, dass der Protokollentwurf seitens der Verwaltung erfolgt, er schaut über diesen und verantworte ihn ebenfalls, nicht die Kolleginnen des Sitzungsdienstes. Es ist nicht unüblich, dass zum Antragstext viel gesagt werde, weil dieser üblicherweise von allen zu lesen sei. Eine Wiederholung des Antragstextes, der sowieso schon abgedruckt ist, werde auch künftig nicht wiedergegeben. Sofern Herr Tschaut darauf bestehe, werde dies noch einmal überarbeitet. Er bittet jedoch um Verständnis, dass man das nicht generell so tun werde. Mit Herrn Reichert könne er bilateral klären, wie dieser den Bezug gemeint habe; dies gehöre jedoch nicht zum Protokoll.

Herr Tschaut wiederholt, dass er so gut wie nie die Protokolle beanstandet habe. Zudem habe er die Begründung nicht wie in der Sach- und Rechtslage formuliert, vorgelesen, sondern andere Worte verwendet. Deshalb lege er Wert darauf, dass dies auch nachlesbar sei.

Herr Dr. Weiland sagt, dass seitens der Verwaltung eine Ergänzung vorgelegt werde. Das wird in einer Weise, jedoch wie üblich nicht als Wortprotokoll, erfolgen.

Es wird folgende Ergänzung des Redebeitrages von Herrn Tschaut zum Protokoll vom 25.01.2024 vorgenommen:

Die Alltagssprache sollte und ist, wenn man von Modewortensprengsel absieht, einfach, klar verständlich. Dies sollte natürlich auch für die Verwaltungssprache gelten. Wir wissen, dass Sprache sich auch verändert, so dass sich Sprachregeln notwendigerweise von Zeit zu Zeit auch geändert werden müssen. Es gibt leider aber auch immer wieder Versuche einer konstruierten Änderung der Sprache, weil eine gewollte Kulturänderung angestrebt wird. Dieser konstruierten Sprach- zur Kulturänderung wollen wir widersprechen. Wer von Viktor Klemperer das Büchlein LTI gelesen hat, wird Gründe kennen, finden, warum Widerspruch notwendig ist. Klemperer beschreibt die Sprachänderung in der NS-Zeit. Wer die DDR-Zeit erlebt hat, hat dazu Parallelen erlebt, die sich aus einem totalitären Gesellschaftsverständnis ergeben. Parlamentarische Staatssysteme sind leider auch nicht ganz frei von derartigen Gefährdungen. Wenn in Medien und Verwaltungen, unabhängig vom allgemeinen Sprachgebrauch, eine Sprache gesprochen wird, die der Normalbürger nicht

spricht, ist das ein Hinweis, dass man sich um die Muttersprache (Staatssprache) kümmern muss, z. B. durch eine Mitgliedschaft in einem „Verein Deutscher Sprache“.

Somit gilt die Niederschrift einschließlich der vorgenommenen Ergänzung als genehmigt.

3 — Feststellung der Tagesordnung

Frau Fusan merkt an, dass sich drei inhaltlich zusammenhängende Anträge der Fraktion SPD/Partei Mensch Umwelt Tierschutz auf der Tagesordnung befinden, jedoch an unterschiedlichen Stellen auf dieser befinden. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte (TOP) 17, 22 und 25. Sie **beantragt, dass die Punkte 22 und 25 nach dem TOP 17 eingeordnet werden, sodass eine gemeinsame Besprechung erfolgen könne.**

Herr Dr. Weiland stellt fest, dass es dazu keine Gegenrede gibt.

Herr Hartung fragt zum TOP 19, warum sich hier die Nummerierung, die analog des Antragsingangs vergeben wird, nicht entsprechend anpasst. Warum wird der Antrag Nr. 013/2024 vorn angestellt?

Herr Dr. Weiland erklärt, es ist richtig, dass die Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs auf die Tagesordnung gesetzt werden. In diesem Fall ging bei ihm dieser Antrag ein, bei der Verwaltung jedoch nicht; wurde aber dort nachgereicht. Somit gehört dieser bei ihm eingegangene Antrag vom Datum her an diese Stelle, jedoch waren bereits schon laufende Nummern für nachfolgende Anträge vergeben. Er weist darauf hin, dass sich das vier-Augen-Prinzip sich bewährt habe.

Herr Hübner beantragt, dass der TOP 16 nach dem TOP 7 und vor dem Punkt 8 behandelt wird. Eine inhaltliche Änderung gab es dazu nicht, nur die Beanstandung des Bürgermeisters. Da die Anwohnenden bereits mehrfach zu dieser Thematik anwesend waren, bittet er diese nicht länger warten zu lassen, um ihnen eine Rechtssicherheit zu geben.

Herr Dr. Weiland stellt den Änderungsantrag, den TOP 12- Nachbenennung eines Mitglieds für den Seniorenbeirat, unmittelbar nach dem TOP 7 einzureihen.

Herr Kay bittet zur beantragten zusammenhängenden Beratung der TOPs 17,22 und 25 von Frau Fusan um eine getrennte Abstimmung.

Herr Dr. Weiland sagt eine getrennte Abstimmung zu.

mung zu.

Herr Dr. Weiland stellt den Antrag von Frau Fusan, die TOPs 17, 22 und 25 zusammenhängend nach dem TOP 17 zur Abstimmung.

Ja-Stimmen: 29

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Somit wird dem Antrag einstimmig gefolgt.

Herr Dr. Weiland stellt den Antrag von Herrn Hübner, den TOP 16 nach dem TOP 7 und vor dem TOP 8 zu behandeln zur Abstimmung.

Ja-Stimmen: 29

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Somit wird dem Antrag einstimmig gefolgt.

Herr Dr. Weiland stellt seinen Antrag, den TOP 12 nach dem TOP 7 einzureihen zur Abstimmung.

Ja-Stimmen: 29

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Somit wird dem Antrag einstimmig gefolgt.

Nach der geänderten Tagesordnung wird entsprechend verfahren.

4 — Einwohnerfragestunde

Die Bürgerin Frau Lubenow-Sandek aus Borgsdorf berichtet, dass sie am 27.02.2024 an der Gemeindevertreterversammlung (GVV) in der Gemeinde Birkenwerder teilgenommen habe. Sie hatte versucht, aufgrund des Unfalls auf der Briesestraße, die als Umleitung für die Sperrung des Bahnübergangs in Borgsdorf genutzt wird, jemanden anzusprechen. Sie war erstaunt, dass man dort von einer Verlängerung des Waidmannsweges für das Passieren der Rettungsfahrzeuge keine Informationen hatte. Sie fragt, wieviel an Informationen an die Gemeinde Birkenwerder übermittelt wurden? Ihr sei in Erinnerung aus der Informationsveranstaltung der Deutschen Bahn, dass man im Gespräch mit der Gemeinde Birkenwerder stehe. Sie bittet das zu erklären.

Herrn Apelt führt aus, dass bereits mehrere Gespräche zu diesem Thema mit dem Bürgermeister der Gemeinde Birkenwerder, auch vor Ort, geführt wurden. Es wurde von Herrn Zimniok unter dem Vorbehalt, dass die GVV dem zustimme, geäußert, dass er sich das vorstellen könne. Dadurch werden Teile des Bauhofes von Birkenwerder für die Verbreiterung des Waidmannsweges in Anspruch genommen. Seitens Hohen Neuendorf würde man das Planverfahren auf den Weg bringen und einen Planungsauftrag auszulösen. Es sei baulich nicht ganz einfach,

auf den Wensickendorfer Weg zu gelangen, da es einen großen Höhenunterschied zu beachten gelte. Zudem habe man zugesichert, den Wensickendorfer Weg bis hin zur Autobahnbrücke als Fahrradstraße mit planen zu lassen. Warum das nicht in der öffentlichen GVV gesagt wurde, entziehe sich seiner Kenntnis. Gern wird er seinen Amtskollegen daraufhin ansprechen. Herr Apelt ergänzt, dass dafür Planungskosten für dieses Jahr eingestellt wurden und im nächsten Jahr beabsichtigt sei, 270.000,- Euro für diese Baumaßnahme in den Haushalt 2025 einzustellen.

Frau Lubenow-Sandek ist über diesen Zustand enttäuscht und auch darüber, dass sie als Bürgerin von Hohen Neuendorf nicht in der Einwohnerfragestunde der GVV Birkenwerder sprechen durfte.

Herr Dr. Weiland äußert, dass es damit seine Richtigkeit habe, da unter dem Punkt Einwohnerfragestunde nur Einwohnende der jeweiligen Gemeinde bzw. Stadt die Möglichkeit zum Reden erhalten.

Herr Hoffmann nimmt ab 18:51 Uhr an der Sitzung teil (30 Stimmberechtigte).

Herr Dr. Weiland berichtet, dass es Ideen gebe, einen gemeinsamen Ausschuss für die Stadtentwicklung betreffende Themen zwischen der Gemeinde Birkenwerder und der Stadt Hohen Neuendorf durchzuführen. Es bleibe abzuwarten, wie sich das nach der Kommunalwahl ggf. durchsetzen könne.

Herr Pelikan, Bürger aus Bergfelde, fragt zu den geplanten Baumaßnahmen zwischen der Schiller- und Wielandstraße, wo er selbst wohnt. Er bezieht sich auf den neuen Bebauungsplan (B-Plan). Wie ist der Stand der Planungen zu diesem Bauvorhaben (BV)? Es handelt sich hierbei um den gleichen Investor wie in der Mittelstraße. Wurden die geäußerten Wünsche bzw. Einwendungen, die vor einem Jahr vorgetragen wurden, berücksichtigt? Mitte vergangenen Jahres nutzte er zu diesem Thema auch die Bürgersprechstunde. Die Bürgerschaft sei sehr daran interessiert, dass das Baugeschehen behutsam vor sich gehe. Ferner möchte er wissen, was mit den nicht fertiggestellten „Bauruinen“ an der Brückenstraße in Bergfelde geschehe. Geht es dort weiter?

Herr Dr. Weiland ergänzt, dass es sich um das Projekt handele, bei dem der Investor insolvent gegangen sei.

Herr Apelt antwortet, dass er die Wünsche aus der Bürgerschaft für das geplante BV in der Wielandstraße nicht kenne. Es wurde eine Veränderungssperre drübergelegt. Im nächsten

Stadtentwicklungsausschuss am 12.03.2024 wird ausführlich über das geplante BV gesprochen. Die Empfehlung der Verwaltung an den Ausschuss und dann an die SVV ist, diese Veränderungssperre wieder zurückzunehmen, da sich der Investor „bewegt“ habe. Die ursprüngliche Planung wurde stark reduziert. Zum BV in der Brückenstraße merkt er an, dass die Stadtverwaltung keine konkreten Informationen erhalte. Es wurde zwischenzeitlich ein Insolvenzverwalter eingesetzt. Was die Insolvenz der Projektimmobilien anbelangt, sei dies ein komplexes Thema. Sobald konkrete Informationen vorliegen, werde man darüber berichten.

Herr Pelikan entnimmt den Äußerungen des Bürgermeisters, dass die Stadt diesbezüglich keine Einflussmöglichkeit habe.

Herr Apelt bestätigt diese Annahme. Zudem sei es aus Sicht angefragter Bausachverständiger nicht zielführend, solch eine Baustelle mehr als zwei Winter unfertig stehen zu lassen, da die Bausubstanz darunter deutlich leidet und von höheren Kosten auszugehen sei.

5 — Jugend spricht

Herr Dr. Weiland stellt fest, dass keine Kinder bzw. Jugendlichen zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend sind. Er schließt somit diesen Tagesordnungspunkt.

6 — Verpflichtung eines Stadtverordneten

Herr Dr. Weiland begrüßt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Christian Mentz, der das Mandat angenommen hat, welches Frau Budiner zum Ende Januar 2024 aufgegeben hat. Er verliest die Verpflichtungsformel und bittet Herrn Mentz diese zu bestätigen.

Herr Mentz bestätigt dies.

Herr Dr. Weiland wünscht Herrn Mentz für die noch verbleibende Zeit bis zur Kommunalwahl alles Gute und dankt für seine Bereitschaft, als Stadtverordneter mitzuwirken.

7 — Änderung in der Besetzung der Ausschüsse

Herr Jirka informiert, dass Herr Christian Mentz den Ausschuss für Bauen, Ordnung und Sicherheit als Mitglied besetzen werde. In den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft wird er selbst die Nachfolge von Frau Budiner übernehmen. Ferner informiert er über eine Umbesetzung im Beirat Strom; auch hier wird Herr Christian Mentz anstelle von Frau Budiner ab

sofort bei NHN Strom agieren. Diese Information wird noch in schriftlicher Form an die Verwaltung erfolgen.

8 — Nachbenennung eines Mitgliedes für den Seniorenbeirat

Vorlage: B 003/2024

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 19 Absatz 1 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) kann die Hauptsatzung vorsehen, dass die Stadtverordnetenversammlung zur Vertretung der Interessen bestimmter Gruppen Beiräte wählt oder benennt.

Über § 7 Absatz 1 der Hauptsatzung der Stadt Hohen Neuendorf ist geregelt, dass die Stadt Hohen Neuendorf zur besonderen Vertretung der Gruppe der Senioren in der Stadt einen Beirat, welcher die Bezeichnung „Seniorenbeirat der Stadt Hohen Neuendorf“ führt, einrichten kann.

Dem Beirat gehören gemäß § 7 Absatz 2 der Hauptsatzung mindestens fünf Mitglieder an. Mitglieder des Seniorenbeirates sollen ausschließlich natürliche Personen, die mindestens ein halbes Jahr Einwohnerinnen oder Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf sind und das 65. Lebensjahr vollendet haben, sein. Die Mitglieder sollen von der Stadtverordnetenversammlung nach § 41 BbgKVerf nach Durchführung eines formlosen Ausschreibungsverfahrens nach Möglichkeit ein Jahr nach der Wahl der kommunalen Vertretungskörperschaften im Land Brandenburg durch Abstimmung benannt werden.

Um die Arbeitsfähigkeit des Beirates im Weiteren zu sichern, wurde sich in der Sitzung des Hauptausschusses am 03.05.2022 mit den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen darauf verständigt, mit der Neubesetzung nicht bis zur Kommunalwahl warten zu wollen. Stattdessen sollen die interessierten Personen ohne die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens nach § 41 BbgKVerf per offenem Wahlbeschluss nachgewählt werden, sofern kein anderes Verfahren einstimmig beschlossen wird.

Herr Ralf Sauerbrey, geb. 1955 und seit 2022 in Hohen Neuendorf wohnhaft, hat Interesse signalisiert, im Seniorenbeirat mitwirken zu wollen und erfüllt die Voraussetzungen gemäß § 7 Absatz 2 Satz 2 der Hauptsatzung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hohen Neuendorf wählt Herrn Ralf Sauerbrey zum Mitglied des Seniorenbeirates der Stadt Hohen Neuendorf.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder: ... 33

Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:.. 30
 Davon stimmberechtigt: 30
 Ja-Stimmen: 30
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0
 Ungültige Stimmen: 0
 Verhalten: einstimmig zugestimmt ☑

9 — Gemeinsamer Antrag der Fraktionen

CDU, SPD/Partei Mensch Umwelt
 Tierschutz und Bündnis 90/Die Grünen
 – Langfristige Pachtverträge für
 Mühlenbecker Viertel in Bergfelde

Vorlage: A 004/2024

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, langfristige Pachtverträge für das von Zaunrücksetzungen betroffene öffentliche Straßenland im Mühlenbecker Viertel bzw. Alten Dorf im Ortsteil Bergfelde, insbesondere Mühlenbecker Str. und Elfriedestraße vorzubereiten und den betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümern anzubieten.

Die Pachtverträge sollen eine angemessene Laufzeit von mindestens 20 Jahren haben, mit der Möglichkeit einer Verlängerung, sofern die Stadt das Straßenland nicht anderweitig benötigt. Ein eventuelles Sonderkündigungsrecht, falls eine Fläche zwingend benötigt wird, sollte eingeräumt werden.

Die Verwaltung wird gebeten, die Pachtbedingungen so zu gestalten, dass sie eine faire und transparente Grundlage für alle Eigentümerinnen und Eigentümer schafft. Ein Musterpachtvertrag ist vor Vertragsabschluss dem zuständigen Ausschuss vorzulegen.

Sollte es sich aus der Sicht der Stadt bei den in Frage stehenden Flächen und deren Verpachtung um eine Sondernutzung handeln, wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem zuständigen Fachausschuss einen Vorschlag für eine Ausnahmeregelung in der dann anzupassenden Sondernutzungssatzung vorzulegen.

Begründung:

Der Antrag basiert auf dem Bedürfnis, eine faire und nachhaltige Lösung für die Anwohnenden u. a. im Mühlenbecker Viertel in Bergfelde zu schaffen, die von den aktuellen Entwicklungen der drohenden Zaunrücksetzungen betroffen sind. Die Maßnahmen sollen sicherstellen, dass langfristige Pachtverträge geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden, ihnen Sicherheit geben und trotzdem gleichzeitig die Interessen der Stadt berücksichtigen.

Es ist besonders zu betonen, dass im Stadtgebiet grundsätzlich Zäune, die auf der Gemarkung der Stadt stehen, weiterhin zurückgesetzt werden müssen. In der Mühlenbecker Str. und in

der Elfriedestraße im Ortsteil Bergfelde ist dies aber auf absehbarer Zeit nicht sinnvoll, da eine Rücksetzung der Zäune zu einer uneinheitlichen Straßenflucht führen würde und die bestehenden Bäume und Sträucher entfernt werden müssten. Die Straßen sind grundhaft ausgebaut und Erweiterung des Straßenraums ist auch längerfristig nicht geplant.

Namentliches Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder: 33
 Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:.. 30
 Davon stimmberechtigt: 30
 Ja-Stimmen: 20
 Nein-Stimmen: 6
 Enthaltungen: 4
 Ungültige Stimmen: 0
 Verhalten: mehrheitlich zugestimmt ☑

Die namentliche Abstimmung liegt der Niederschrift als Anlage 1 anbei.

10 — Bevollmächtigung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zur Planstelleneinweisung des Bürgermeisters

Vorlage: B 005/2024

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 61 Abs. 2 BbgKVerf i. V. m. § 2 Abs. 2 Satz 1 LBG ist die Gemeindevertretung Dienst-vorgesetzte und oberste Dienstbehörde des Hauptverwaltungsbeamten. Als Dienstvors-gesetzte/r wird bezeichnet, wer für beamten-rechtliche Entscheidungen über die persönlichen Angelegenheiten zuständig ist.

Herr Steffen Apelt wurde am 05.11.2023 er-neut zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Hohen Neuendorf gewählt. Neu ge-wählten kommunalen Wahlbeamten ist mit der Aushändigung eines Schreibens über die Planstelleneinweisung die Einstufung gemäß Einstufungsverordnung des Landes Branden-burg mitzuteilen. Zuständig für diese Mitteilung ist der Dienstvors-gesetzte des Beamten, d. h. für Hauptverwaltungsbeamte die Vertretungskör-perschaft. Da die Gemeindevertretung als Kolle-gialorgan handelt und die Planstelleneinweisung Herrn Apelt am ausgehändigt werden soll, wird vorgeschlagen, den Vorsitzenden der Stadtver-ordnetenversammlung Hohen Neuendorf, Herrn Dr. Raimund Weiland, mit der Vornahme der Planstelleneinweisung zu beauftragen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung bevoll-mächtigt ihren Vorsitzenden, Herrn Dr. Raimund Weiland, die Planstelleneinweisung in die Besol-dungsgruppe B 4 für Herrn Steffen Apelt zum 01.03.2024 zu unterzeichnen und vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder: 33
 Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:.. 30
 Davon stimmberechtigt: 30
 Ja-Stimmen: 30
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0
 Ungültige Stimmen: 0
 Verhalten: einstimmig zugestimmt ☑

11 — Entscheidung über den Antrag auf Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 km/h (Tag und Nacht) in der Berliner Straße (Bundesstraße 96-Abschnitt 725) zwischen Kreisverkehr Berliner Straße/Stolper Straße/Florastraße und Kreuzung Berliner Straße/Schönfließer Straße/Karl-Marx-Straße in Hohen Neuendorf

Vorlage: B 047/2023

Sach- und Rechtslage:

Mit Datum vom 05.09.2023 erfolgte die Anhö-rung zum Vollzug der Straßenverkehrsordnung durch den Landkreis Oberhavel, FB Mobilität und Verkehr / FD Mobilität und Verkehrslenkung für einen Antrag auf Erteilung einer verkehrs-rechtlichen Anordnung über die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h (22:00 bis 06:00 Uhr), welcher durch eine Privatperson gestellt wurde. Als Antragsgrund wurde die Lärmbelastung auf der Berliner Straße (Bundesstraße 96-Abschnitt 725) benannt. Die entsprechende Anhörung befindet sich in der Anlage.

Die schalltechnische Untersuchung (Stand: 13.06.2023) liegt seit dem 21.07.2023 im Fach-dienst Mobilität und Verkehrslenkung des Land-kreises Oberhavel vor. Durchgeführt wurde sie vom Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, als zuständigem Straßenbaulastträger.

Im Punkt 4 der Schalltechnischen Untersuchung wurde im Bestand ein Beurteilungspegel von 69,3 Dezibel (Tag) und 63,0 Dezibel (Nacht) be-rechnet. D. h. die Richtwerte der Verkehrslärm-schutzverordnung – 16. BImSchV sind deutlich überschritten und die Richtwerte der Lärm-schutz-Richtlinien-StV sind nicht überschritten. Bei einer Reduzierung der zulässigen Höchst-geschwindigkeit von 30 km/h (Tag und Nacht) für alle Verkehrsarten wird eine Pegelminderung von 2,1 Dezibel (gerundet 3 Dezibel) erreicht. Somit wäre die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h (Tag und Nacht) im Sinne der Lärmschutz-Richtlinie-StV eine geeignete Maßnahme.

Im Ergebnis wird festgestellt, dass die Redu-zierung der zulässigen Höchstgeschwindig-keit auf 30 km/h (Tag und Nacht) im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung als geeignet, erforderlich und angemessen zu bewerten ist.

Die Maßnahme ist geeignet, die Gesundheitsgefährdung der lärm betroffenen Anwohnenden zu minimieren und stellt den geringsten Eingriff in die Freizügigkeit der Straßenverkehrsteilnehmer dar. Mit negativen Begleiterscheinungen (z. B. Schleichverkehr/Umgehungsverkehr) ist nach Gesamtbetrachtung der Verkehrsinfrastruktur nicht zu rechnen. Die aus der Anordnung resultierende längere Fahrtzeit (mutmaßlich 4 Sekunden auf 100 Meter = ca. 40 Sekunden) vermag nach Auffassung des Fachdienstes Mobilität und Verkehrslenkung des Landkreises Oberhavel, die Belange des Gesundheitsschutzes nicht zu überwiegen.

In der Lärmaktionsplanung der Stufe III durch die Stadtverwaltung Hohen Neuendorf wird im Punkt 2.5 (Verbleibender Handlungsspielraum) ausgewiesen, dass für die Berliner Straße eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h (22:00 bis 06:00 Uhr) angedacht ist.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hohen Neuendorf beauftragt die Verwaltung, sich für die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 km/h (22:00 bis 06:00 Uhr) in der Berliner Straße (Bundesstraße 96-Abschnitt 725) zwischen Kreisverkehr Berliner Straße/Stolper Straße/Florastraße und Kreuzung Berliner Straße/Schönfließer Straße/Karl-Marx-Straße in Hohen Neuendorf gegenüber dem Landkreis Oberhavel, FB Mobilität und Verkehr / FD Mobilität und Verkehrslenkung auszusprechen.

Anlage:

Anhörung zum Vollzug der Straßenverkehrsordnung durch den Landkreis Oberhavel über den Antrag auf Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 km/h (Tag und Nacht) in der Berliner Straße (Bundesstraße 96-Abschnitt 725) zwischen Kreisverkehr Berliner Straße / Stolper Straße / Florastraße und Kreuzung Berliner Straße / Schönfließer Straße/ Karl-Marx-Straße in Hohen Neuendorf vom 05.09.2023

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:....30
Davon stimmberechtigt:.....30
Ja-Stimmen:.....7
Nein-Stimmen:.....22
Enthaltungen:1
Ungültige Stimmen:.....0
Verhalten: **mehrheitlich abgelehnt** ☒

12 — Beschluss über den Jahresabschluss 2021

Vorlage: B 001/2024

Sach- und Rechtslage:

Die Stadt Hohen Neuendorf hat gemäß § 82 Abs. 4 BbgKVerf für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Er ist nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung anzufertigen und hat die tatsächliche Vermögen-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt widerzuspiegeln.

Der Jahresabschluss besteht aus:

- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Teilrechnungen
- Schlussbilanz
- Anhang zum Jahresabschluss
- Anlagenübersicht
- Forderungsübersicht
- Verbindlichkeitenübersicht
- Beteiligungsberichten

Der erarbeitete Entwurf wurde dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Oberhavel zur Prüfung übergeben. Dieses führte die Prüfung vor Ort durch und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Jahresabschluss 2021 zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hohen Neuendorf beschließt den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2021 der Stadt Hohen Neuendorf.

Anlage:

- Jahresabschluss 2021 der Stadt Hohen Neuendorf / Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:....30
Davon stimmberechtigt:.....30
Ja-Stimmen:.....27
Nein-Stimmen:.....0
Enthaltungen:3
Ungültige Stimmen:.....0
Verhalten: **einstimmig zugestimmt** ☑

13 — Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2021

Vorlage: B 002/2024

Herr Apelt zeigt seine Befangenheit gem. § 22 der Brandenburgischen Kommunalverfassung an (29 Stimmberechtigte).

Sach- und Rechtslage:

Die Stadt Hohen Neuendorf hat gemäß § 82

BbgKVerf für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Er ist nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung anzufertigen und hat die tatsächliche Vermögen-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt widerzuspiegeln. Der erarbeitete Entwurf wurde dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Oberhavel zur Prüfung übergeben. Dieses führte die Prüfung durch und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2021.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hohen Neuendorf beschließt gem. § 82 Abs. 4 BbgKVerf die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:....29
Davon stimmberechtigt:.....29
Ja-Stimmen:.....26
Nein-Stimmen:.....0
Enthaltungen:3
Ungültige Stimmen:.....0
Verhalten: **einstimmig zugestimmt** ☑

14 — Antrag der Fraktion SPD/Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Gestaltung der „Kaufland“-Fassade

Vorlage: A 025/2023

Herr Apelt ist zur Abstimmung anwesend (30 Stimmberechtigte).

Beschlusstext:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Eigentümer des Einkaufszentrums gegenüber dem Wildbergplatz („Kaufland-Objekt“) Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Gestaltung der Fassade an der zentralen Kreuzung B 96/L 171 grundlegend zu überarbeiten und vorzugsweise eine Fassadenbegrünung zu implementieren.

Begründung:

Die Fassade des „Kaufland“-Gebäudes an der zentralen Kreuzung mitten in Hohen Neuendorf ist in die Jahre gekommen. Insbesondere die geplante Bebauung des Wildbergplatzes macht eine gründliche Neukonzeption zwingend erforderlich, um den Stadtkern ansprechend zu gestalten. Bei der Neukonzeption ist eine Fassadenbegrünung vorzuziehen. Fassadenbegrünungen tragen dazu bei, die Auswirkungen von Hitze und wenigen Niederschlägen abzumildern. Positive Aspekte sind: Verschattung der Fassaden, Reflexion des Sonnenlichts und damit weniger Aufheizen des

Gebäudes, Produktion kühler Luft durch das Verdunsten von Wasser über die Blattmasse, Binden von Luftschadstoffen wie Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Ozon und Feinstaub sowie Reduktion der Lärmbelastung. Eine Fassadenbegrünung hilft auch Insekten und anderen Tierarten, deren Lebensraum bei einer sich verdichtenden Bebauung knapper wird. Die Stadt Hohen Neuendorf als Bienenstadt macht ihrem Namen alle Ehre, wenn sie Fassaden begrünt und begrünen lässt. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwiefern die Stadt Eigentümer von Gewerbeimmobilien rechtlich dazu verpflichtet kann, Fassaden auch nachträglich zu begrünen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33
 Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:... 30
 Davon stimmberechtigt:..... 30
 Ja-Stimmen: 19
 Nein-Stimmen:..... 9
 Enthaltungen: 2
 Ungültige Stimmen:..... 0
 Verhalten: **mehrheitlich zugestimmt** ☑

15 — Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Stadtverein und DIE LINKE. – Auflistung endgültig erstellter Erschließungsanlagen

Vorlage: A 032/2023

Herr Reichert ist zur Abstimmung nicht anwesend (29 Stimmberechtigte).

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, eine übersichtliche Aufstellung aller endgültig hergestellten Erschließungsanlagen der Stadt Hohen Neuendorf anzufertigen.

Begründung:

Es gilt der Grundsatz, dass das Entstehen der sachlichen Beitragspflichten die endgültige Herstellung einer Erschließungsanlage voraussetzt. Um endgültig hergestellt zu sein, muss die Erschließungsanlage in vollem Umfang programmäßig fertiggestellt sein. In der Vergangenheit gab es immer wieder Irritation seitens der Anlieger über fehlende Teile des Ausbauprogramms. Das kann viele verschiedene Gründe haben (Planung liegt nicht vor, Straße war schon immer in diesem Zustand, Entwässerung mit oder ohne Kanal etc.). Die Darstellung soll es den Anliegern ermöglichen, sich mit ihrer Situation vor Ort vertraut machen zu können und um ihnen die Möglichkeit einer (wann auch immer nötigen) finanziellen Vorbereitung zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33

Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:.....29
 Davon stimmberechtigt:.....29
 Ja-Stimmen:27
 Nein-Stimmen:..... 1
 Enthaltungen: 1
 Ungültige Stimmen:.....0
 Verhalten: **mehrheitlich zugestimmt** ☑

16 — Antrag der Fraktion SPD/Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Überprüfung von Löschwasserbrunnen

Vorlage: A 033/2023

Herr Reichert ist zur Abstimmung anwesend (30 Stimmberechtigte).

Beschlusstext:

Die Stadtverwaltung wird mit der Überprüfung aller Löschwasserbrunnen und -zisternen der Stadt Hohen Neuendorf beauftragt. Aus den Ergebnissen soll die Verwaltung Empfehlungen zum weiteren Umgang mit diesen Anlagen erarbeiten. Die Ergebnisse und Empfehlungen sollen dem zuständigen Ausschuss im Frühjahr 2024 vorgelegt werden.

Begründung:

Löschwasserbrunnen und -zisternen können bei der effektiven Brandbekämpfung in unserer Stadt eine wichtige Rolle spielen – allerdings nur, wenn sie in einem betriebsbereiten Zustand und in den Einsatzkonzepten der Feuerwehr berücksichtigt sind.

Gemäß der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage AF 044/2023 (Sept. 2023) scheint der Zustand der Anlagen aktuell nicht vollständig bekannt und eine Nutzung durch die Feuerwehr nicht vorgesehen zu sein. Das kann so nicht bleiben!

Der Antrag hat zunächst lediglich eine verbindliche und belastbare Bestandsaufnahme der vorhandenen Anlagen zum Ziel. Dabei geht es um ihre Anzahl, Lage, Zugänglichkeit und Einsatzbereitschaft, ihren Nutzen für eine effektive Brandbekämpfung, aber eventuell auch andere Einsatzmöglichkeiten und die ggf. nötige Einhaltung rechtlicher Regelungen.

Es muss Klarheit die Verfügbarkeit von Löschwasserbrunnen und -zisternen hergestellt werden. Dafür soll später, in einem zweiten Schritt, auf Basis der Empfehlungen der Verwaltung über das weitere Vorgehen entschieden werden. Hier ist zunächst die volle Einsatzbereitschaft der Anlagen zu bevorzugen, bei erwiesenem Nichtbedarf aber vielleicht auch ein Rückbau in Betracht zu ziehen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33
 Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:... 30
 Davon stimmberechtigt:..... 30

Ja-Stimmen:.....29
 Nein-Stimmen:..... 0
 Enthaltungen: 1
 Ungültige Stimmen:.....0
 Verhalten: **einstimmig zugestimmt** ☑

17 — Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Umfahrung des Bahnübergangs Borgsdorf zukunftsfest machen

Vorlage: A 005/2024

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33
 Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:... 30
 Davon stimmberechtigt:..... 30
 Ja-Stimmen:..... 30
 Nein-Stimmen:..... 0
 Enthaltungen: 0
 Ungültige Stimmen:.....0
 Verhalten: **verwiesen** ☑

Somit ist der Antrag Nr. A 005/2024 in den gemeinsamen Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Klimaschutz, Stadtmarketing und Umwelt und Bauen, Ordnung und Sicherheit verwiesen.

18 — Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen – barrierefreier Überweg am Bahnübergang Borgsdorf

Vorlage: A 009/2024

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt unverzüglich mit der Planung eines barrierefreien Übergangs für den nicht motorisierten Verkehr am Bahnübergang Borgsdorf zu beginnen.

Begründung:

Ein barrierefreier Übergang am Bahnübergang in Borgsdorf ist angesichts der immer längeren Schließzeiten der Schranke wichtig. Die Diskussion anlässlich der langen Komplettsperrung während der Bauarbeiten der Bahn in den Jahren 2024/2025 zeigt, wie nötig der Übergang ist. Die Rampe ist ebenfalls ein Projekt des Borgsdorfer Quartierskonzeptes. Während für den motorisierten Verkehr an dieser Stelle baulich eine Querung nicht möglich ist, kann man das für den nicht motorisierten Verkehr realisieren. Hier muss schnell etwas passieren.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33
 Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:... 30
 Davon stimmberechtigt:..... 30
 Ja-Stimmen:.....23
 Nein-Stimmen:..... 2
 Enthaltungen: 5

Ungültige Stimmen:.....0
Verhalten:mehrheitlich zugestimmt ☑

**19 — Antrag der Fraktion SPD/Partei
Mensch Umwelt Tierschutz – Langfristige
Lösung für Anbindung Borgsdorfs**

Vorlage: A 012/2024

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:.....33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:....30
Davon stimmberechtigt:.....30
Ja-Stimmen:.....29
Nein-Stimmen:.....0
Enthaltungen:1
Ungültige Stimmen:.....0
Verhalten: verwiesen ☑

Somit ist der Antrag Nr. A 012/2024 in den gemeinsamen Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Klimaschutz, Stadtmarketing und Umwelt und Bauen, Ordnung und Sicherheit verwiesen.

**20 — Antrag der CDU-Fraktion –
Wohnungsleerstand im Ortsteil Stolpe
angehen!**

Vorlage: A 006/2024

Herr Güther verlässt um 20:57 Uhr die Sitzung (29 Stimmberechtigte).

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, mit der Berliner Stadtgüter GmbH zu klären, welcher Leerstand an Wohnfläche im Ortsteil Stolpe besteht (Bestandsaufnahme), was die Ursachen dafür sind und wie dieser Leerstand möglichst zeitnah einer Wohnnutzung zugeführt werden kann. Dem zuständigen Ausschuss ist bis spätestens im Mai zu berichten. Zu dieser Sitzung ist die Berliner Stadtgüter GmbH einzuladen.

Begründung:

Der Notwendigkeit, bezahlbaren Wohnraum in der Stadt bereit zu stellen, kann in vielfältiger Weise nachgekommen werden. Eine Form ist der Wohnungsneubau durch den städtischen Eigenbetrieb Wohnungen, wie der Spatenstich beim Projekt Feldstraße im letzten Jahr unterstreicht. Der von der CDU-Fraktion in 2021 initiierte und von der SVV mitgetragene Ansatz, im Zuge eines sog. Einheimischer Modells bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist leider noch immer nicht umgesetzt. Ein anderer CDU-Ansatz, Wohnraum im Altbaubestand zu schaffen, hat in 2021 leider keine Mehrheit gefunden. Trotzdem ist das Thema weiterhin sehr drän-

gend und beschäftigt auch andere Fraktionen in der SVV.

Gleichzeitig ist zu beklagen, dass im alten Dorfkern des Ortsteils Stolpe einige Häuser, die im Eigentum der Berliner Stadtgüter GmbH stehen, seit längerem leer stehen und mehr und mehr auch dem Verfall preisgegeben werden. Letzteres bezieht sich leider auch auf den alten Gutshof. Während das Land Berlin erhebliche Anstrengungen macht, die Wohnungsnot in Berlin zu begegnen, in Stellungnahme zu Bauprojekten in der Stadt Hohen Neuendorf regelmäßig fordert, mehr, höher und dichter zu bauen, um damit letztlich den Wohnungsdruck in Berlin zu verringern, wird an dieser Stelle durch die in der Verantwortung des Landes Berlin stehende Berliner Stadtgüter GmbH ein Wohnungsleerstand hingenommen. Des Weiteren ist der Leerstand auch mit zunehmendem Verfall der Bausubstanz verbunden. Das Gesamtbild des schönen Angerdorfes ist letztlich gefährdet, was ein großer Verlust wäre.

Dieser Widerspruch der Berliner Politik ist unseren Einwohnerinnen und Einwohnern, aber auch sonst Interessierten, kaum zu vermitteln. Daher ist es unser Ziel, diese Situation, soweit es geht, gemeinsam mit der Berliner Stadtgüter GmbH, zu verbessern, um letztlich den Leerstand aufzulösen und dringend notwendiger Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Daher wäre auch zu begrüßen, wenn Vertreter der Berliner Stadtgüter GmbH an der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität, Klimaschutz, Stadtmarketing und Umwelt teilnehmen und für Fragen etc. zur Verfügung stehen würden.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:.....33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:....29
Davon stimmberechtigt:.....29
Ja-Stimmen:.....26
Nein-Stimmen:.....3
Enthaltungen:0
Ungültige Stimmen:.....0
Verhalten:mehrheitlich zugestimmt ☑

**21 — Antrag der Fraktion SPD/Partei
Mensch Umwelt Tierschutz – Weitere Fläche
für kommunalen Wohnungsbau vorbereiten**

Vorlage: A 013/2024

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:.....33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:....29
Davon stimmberechtigt:.....29
Ja-Stimmen:.....21
Nein-Stimmen:.....5
Enthaltungen:3
Ungültige Stimmen:.....0
Verhalten: verwiesen ☑

Somit wurde der Antrag A 013/2024 in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Klimaschutz, Stadtmarketing und Umwelt verwiesen.

**22 — Antrag der Fraktion DIE LINKE. –
Karl-Marx-Platz in Borgsdorf für
kommunalen Wohnungsbau vorbereiten**

Vorlage: A 007/2024

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:.....33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:....29
Davon stimmberechtigt:.....29
Ja-Stimmen:.....20
Nein-Stimmen:.....1
Enthaltungen:8
Ungültige Stimmen:.....0
Verhalten: verwiesen ☑

Somit ist der Antrag Nr. A 007/2024 in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Klimaschutz, Stadtmarketing und Umwelt verwiesen.

**23 — Antrag der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen – Neuwahl der Sachkundigen
Einwohnerinnen und Einwohner**

Vorlage: A 008/2024

Der Antrag wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

**24 — Antrag der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen – Reduktion der Lärmbelastung
von Bergfelde, Borgsdorf und Birkenwerder**

Vorlage: A 010/2024

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, sich mit seinem Amtskollegen aus Birkenwerder abzustimmen, um gemeinsam die Interessen der Bürgerinnen und Bürger beider Kommunen für einen deutlich verbesserten Lärmschutz entlang der Autobahn 10 zwischen den Anschlussstellen Mühlenbeck und Oranienburg ggü. der Havellandautobahn GmbH zu unterstützen.

Begründung:

Seit einem Jahr ist die A10 im Bereich zwischen Mühlenbeck und Oranienburg weitgehend ohne Geschwindigkeitsbeschränkungen freigegeben. Sowohl der LKW- als auch der PKW-Verkehr erzeugen nach dem Empfinden zahlreicher Bürgerinnen und Bürger trotz der ergriffenen Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit

dem Ausbau der A10 mit 6 Fahrstreifen deutlich mehr Lärmemissionen, als zu der Zeit des 4-spurigen Betriebs ohne Lärmschutz. Zunehmend gehen Beschwerden sogar aus weiter als 700 m entfernt liegenden Wohnbereichen bei der BI-A10-Nord und der Gemeindeverwaltung in Birkenwerder ein.

Die BI-A10-Nord fordert 100 km/h für PKW und 60 km/h für LKW inkl. Überholverbot für LKW. Der Zeitvorteil einer Geschwindigkeit von 150 km/h für PKW ggü. einer Geschwindigkeit von 100 km/h beträgt für dem motorisierten Verkehr über 11 km betrachtet 132 Sekunden. Die Lärmbelastung für die Bürgerinnen und Bürger dauert insgesamt 24 Stunden. Unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen sollte eindeutig der Gesundheitsschutz und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund stehen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33
 Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:.....29
 Davon stimmberechtigt:.....29
 Ja-Stimmen: 17
 Nein-Stimmen:..... 2
 Enthaltungen:10
 Ungültige Stimmen:..... 0
 Verhalten: **mehrheitlich zugestimmt** ☑

25 — Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen – Linksabbieger Rathaus- kreuzung

Vorlage: A 011/2024

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:33
 Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:.....29
 Davon stimmberechtigt:.....29
 Ja-Stimmen: 16
 Nein-Stimmen:..... 8
 Enthaltungen: 5
 Ungültige Stimmen:..... 0
 Verhalten: **verwiesen** ☑

Somit wurde der Antrag Nr. A 011/2024 in den Ausschuss für Bauen, Ordnung und Sicherheit verwiesen.

26 — Behandlung der Anfragen von Mitgliedern nach § 7 der Geschäftsordnung

Der Wortlaut der Anfragen nach §7 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortungen sind im Ratsinformationssystem unter Anfragen nach GO einsehbar.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden die Tagesordnungspunkte 28-30 nicht mehr behandelt.

31 — Schließung der Sitzung

Dr. Weiland schließt die Sitzung um 22:01 Uhr.

gez.

Dr. Raimund Weiland

Vorsitzender

der Stadtverordnetenversammlung

Anlage 1 zur Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung

vom 29.02.2024

Namentliche Abstimmung – Tagesordnungspunkt 9

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD/Partei Mensch Umwelt Tierschutz und Bündnis 90/Die Grünen Nr. A 004/2024

Art der Abstimmung: Offene Abstimmung
Anwesende Stadtverordnete: 30
Abgegebene Stimmen: 30
Gültige Stimmen: 30

	JA	NEIN	ENTH.
Andrle, Josef · SPD/MUT	x		
Apelt, Steffen · CDU		x	
Brunke, Cathrin · CDU	x		
Dieck, Marcel · CDU	x		
Florczak, Nicole · Bündnis 90/Die Grünen	x		
Fussan, Sabine · SPD/MUT	x		
van Ginneken, Jacqueline · AfD			x
von Gizycki, Thomas · Bündnis 90/Die Grünen	x		
Dr. Guretzki, Hans-Joachim · Stadtverein		x	
Güther, Harald · Stadtverein		x	
Hamann, Kerstin · SPD/MUT	x		
Hartung, Klaus-Dieter · DIE LINKE.		x	
Heider, Michael · CDU	x		
Hoffmann, Tristan · Bündnis 90/Die Grünen	x		
Hübner, Florian · CDU	x		
Jirka, Oliver · Bündnis 90/Die Grünen	x		
Kay, Thomas · AfD			x
Mentz, Christian · Bündnis 90/Die Grünen	x		
Morisse, Uwe · SPD/MUT	x		
Münch, Mathias · FDP	x		
Oetting, Rico · Stadtverein		x	
Reichel, Franziska · Bündnis 90/Die Grünen	x		
Reichert, Michael · CDU	x		
Dr. Scholz, Sylvia · DIE LINKE.			x
Schön, Hardmut · fraktionslos	x		
Schulz, Matthias · SPD/MUT	x		
Tittelbach, Uwe · SPD/MUT	x		
Tschaut, Horst · AfD			x
Dr. Weiland, Raimund · CDU	x		
Wiezorek, Anton · DIE LINKE.		x	

BEKANNTMACHUNG

über die Zusammensetzung des Wahlausschusses zur Kommunalwahl 2024

Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 09.06.2024

Vorsitzende des Wahlausschusses:
Ramona Lopitz

Stellvertretender Vorsitzender des Wahlausschusses:
Sebastian Keßler

Beisitzer:
Dr. Klemens Löster
Siegelstraße 4
16562 Hohen Neuendorf

Beisitzerin:
Inka Gossmann-Reetz
Paulstraße 8
16540 Hohen Neuendorf

Beisitzer:
Martin Sommerfeld
Clara-Zetkin-Straße 12
16556 Hohen Neuendorf

Beisitzerin:
Maika Gerth-Potesta
Luisenstraße 8
16540 Hohen Neuendorf

Beisitzerin:
Ursula Tschaut
Paulstraße 4
16562 Hohen Neuendorf

Stellvertretender Beisitzer:
Jörn Gregorius
Waldstraße 41
16540 Hohen Neuendorf

Stellvertretender Beisitzer:
Wolfgang Ilte
Emile-Zola-Straße 9
16540 Hohen Neuendorf

Stellvertretender Beisitzer:
Heinz-Herwig Mascher
Karl-Marx-Straße 24
16540 Hohen Neuendorf

Stellvertretender Beisitzer:
Milutin Stefanov
Birkenwerder Straße 62
16562 Hohen Neuendorf

Hohen Neuendorf, den 11.03.2024

gez.
Ramona Lopitz
Wahlleiterin

TERMINE

SITZUNGSTERMINE HOHEN NEUENDORF

09.04.2024 | 18:30 Uhr

Hauptausschuss

öffentlich

11.04.2024 | 18:30 Uhr

**Ausschuss für Bauen,
Ordnung und Sicherheit**

öffentlich

16.04.2024 | 18:30 Uhr

**Ausschuss für Stadtentwicklung,
Mobilität, Klimaschutz,
Stadtmarketing und Umwelt**

öffentlich

18.04.2024 | 18:30 Uhr

**Ausschuss für Soziales, Bildung,
Kultur, Integration und Sport**

öffentlich

23.04.2024 | 18:30 Uhr

Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

öffentlich

25.04.2024 | 18:30 Uhr

Stadtverordnetenversammlung

öffentlich

TERMINE SCHIEDSSTELLE

Sprechstunden:

jeden 1. Dienstag im Monat
von 16:00 bis 18:00 Uhr

im Rathaus der Stadt Hohen Neuendorf,
Oranienburger Straße 2,
16540 Hohen Neuendorf

Nächste Termine:

Dienstag, 02.04.2024

TERMINE PFLEGELOTSIN

Sprechstunden:

Jeden Donnerstag 14-17 Uhr
Rathaus Hohen Neuendorf,
Oranienburger Str. 2

Jeden 2., 3. und 4. Freitag im Monat, 9-12 Uhr
Volkssolidarität, Berliner Str. 35,
Hohen Neuendorf

Mit vorheriger Terminvereinbarung:

Volkssolidarität Bergfelde, Vereinsgebäude
Sportplatz Borgsdorf, Bürgerhaus Stolpe Dorf,
Hausbesuche

Kontakt:

Telefon 03302-499 99 16

mobil 0171-192 2376

seniorenlotse-hohenneuendorf@purggmbh.de

NOTRUF-NUMMERN

Polizeinotruf	110
Rettungsdienst (Feuerwehr)	112
Leitstelle Feuerwehr	(03334) 304 80
Polizeiwache Henningsdorf	(03302) 8030
Notfalltelefon (Virchow-Klinikum)	(030) 450 553 534
Ärztlicher Bereitschaftsdienst	116 117
Apothekennotdienst	(0800) 00 22 833
Giftnotruf Berlin	(030) 19 240
Krankenhaus Oranienburg	(03301) 660
Krankenhaus Henningsdorf	(03302) 54 50
Telefonseelsorge evangelisch	(0800) 1110111
Telefonseelsorge katholisch	(0800) 1110222
Frauenhaus Oranienburg	(0800) 664 80 45
Notrufnummer für Frauen bei Gewalt	116 016
SOS nach Vergewaltigung	(03301) 66 30 17 o. 66 20 10
Hilfetelefon für Schwangere in Not	(0800) 40 40 020
Gesundheitsamt	(03301) 601 751
Jugendamt	(03301) 601 411
Tierärztlicher Notdienst	(033056) 43 800
Tierheim Ladeburg	(03338) 70 42 84

Impressum

Bürgermeister / Sekretariat:	Tel.: 528 199
Inneres:	Tel.: 528 124
Bauamt:	Tel.: 528 122
Stadtservice:	Tel.: 528 240
Ordnung und Sicherheit:	Tel.: 528 188
Soziales:	Tel.: 528 134
Marketing:	Tel.: 528 145



AMTSBLATT FÜR DIE STADT HOHEN NEUENDORF
Herausgeber: Stadt Hohen Neuendorf – Der Bürgermeister

Kostenlos verteilte Auflage im Verbreitungsgebiet in der Stadt Hohen Neuendorf und außerdem erhältlich in der Stadtverwaltung Hohen Neuendorf